

# TikTok verbieten – eine gute Idee?

## Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick:

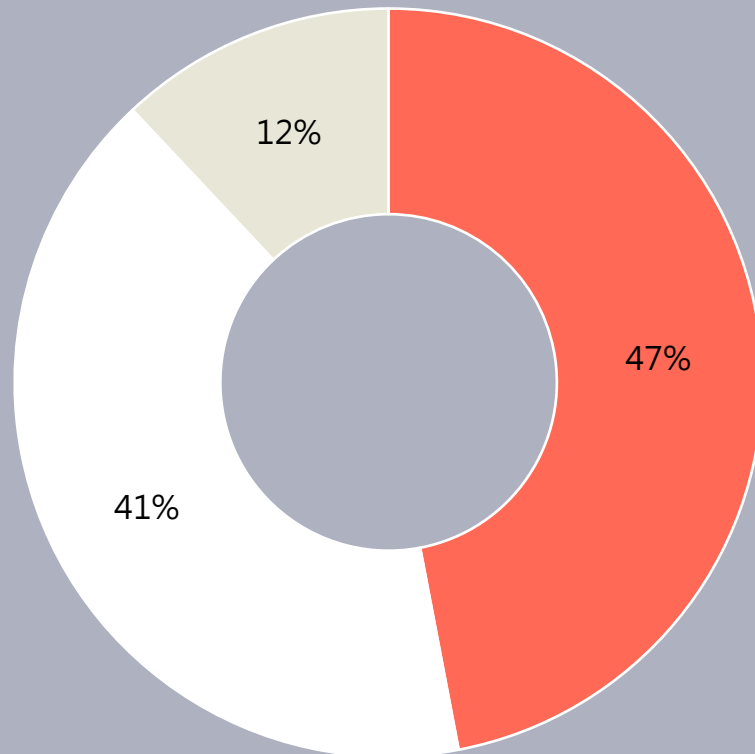
- Keine Einigkeit, ob Tiktok-Verbot eine gute Idee ist – oder eher nicht
- Wer minderjährige Kinder hat, ist etwas häufiger für ein Tiktok-Verbot
- Richtiger Umgang mit Social Media? Schule soll regeln
- Kein Social Media unter 16 per Gesetz: Großteil fände das gut
- Große Mehrheit dafür, Social-Media-Betreiber stärker in Mitverantwortung für gepostete Inhalte zu nehmen
- Männer sind doppelt so oft gegen stärkere Mitverantwortung der Plattformen als Frauen
- Einordnung und Faktenchecks: eher ja!



**Laufzeit: 10. bis 13. Januar 2025,  
19.770 Teilnehmende, davon 10.016 aus Sachsen, 4.883 aus  
Sachsen-Anhalt und 4.871 aus Thüringen**

# MDRfragt-Gemeinschaft in Sachen TikTok-Verbot gespalten

**Frage:** In den USA könnte das soziale Netzwerk TikTok in wenigen Tagen verboten werden, Albanien bannt die Plattform in seinem Land zunächst für ein Jahr. Das sorgt für Diskussionen, ob auch hierzulande die App beschränkt oder verbannt werden sollte. Was meinen Sie: Sollte TikTok auch in der Europäischen Union verboten werden?



■ (eher) ja   ■ (eher) nein   ■ weiß nicht/ keine Angabe

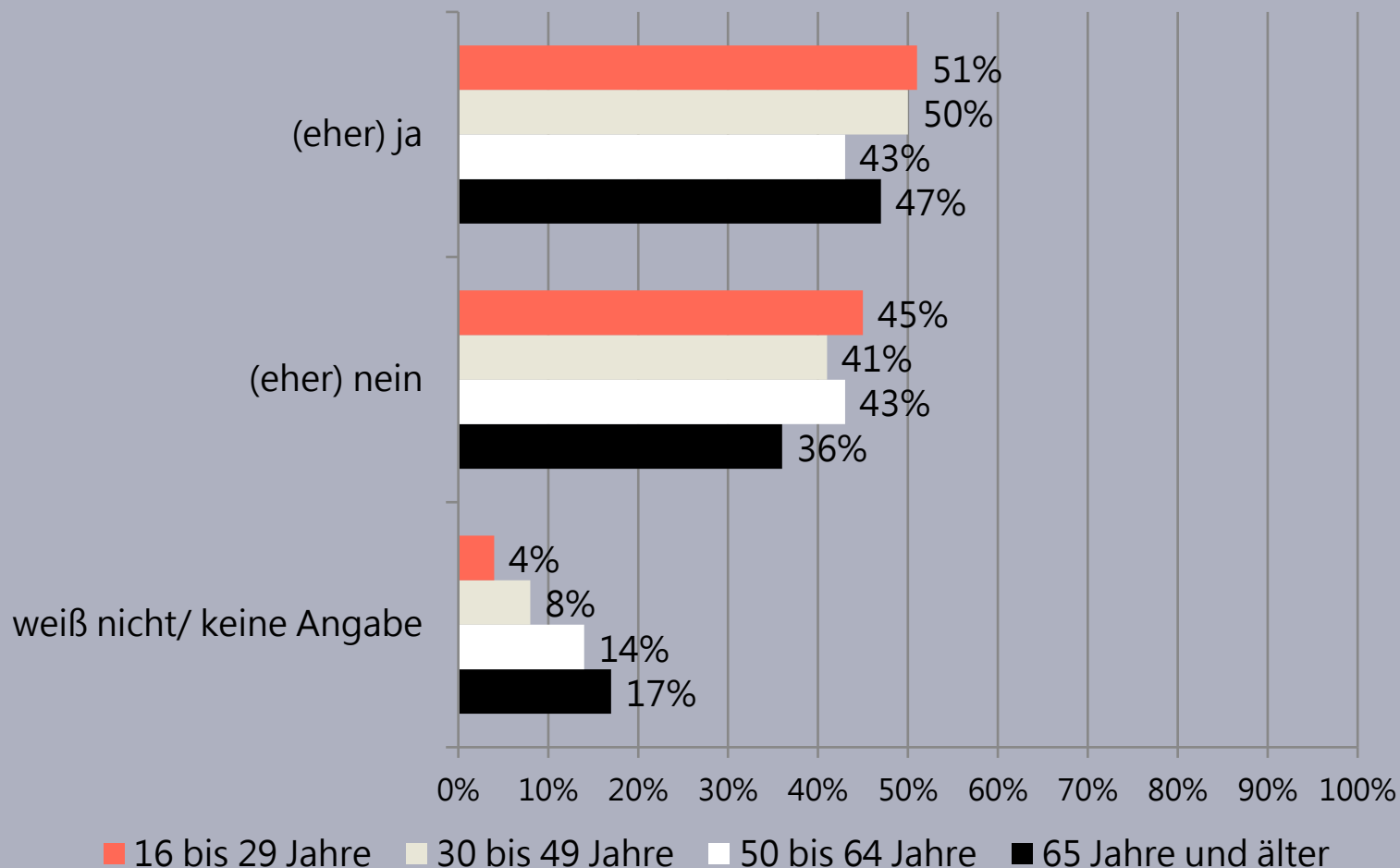
Seit Monaten steht es im Raum, am 19. Januar könnte es passieren: [Weil das beliebte Soziale Netzwerk TikTok, beziehungsweise dessen Betreiber, im Verdacht steht, dem chinesischen Regime zu nahe zu stehen und für es zu spionieren, könnte TikTok in den Vereinigten Staaten von Amerika verboten werden.](#) Wenn es nicht vorher mehrheitlich an US-amerikanische Eigentümer verkauft wird.

Nach einer Anhörung am höchsten US-amerikanischen Gericht in Sachen TikTok-Ban titelten Medien: „[Supreme Court zeigt sich offen für TikTok-Verbot](#)“.

**So ließe sich auch das aktuelle Stimmungsbild aus der MDRfragt-Gemeinschaft zusammenfassen mit Blick auf die Frage, ob TikTok auch in der Europäischen Union – und damit auch in Deutschland – verboten werden sollte: Das Meinungsbarometer schlägt leicht in Richtung „pro Verbot“ aus. Konkret gab etwas weniger als jede und jeder Zweite (47 Prozent) an, ein TikTok-Verbot eher zu befürworten – also offen dafür zu sein. Nur etwas geringer fällt der Anteil derjenigen aus, die ein TikTok-Verbot skeptisch sehen (41 Prozent). Mehr als jede und jeder Zehnte positionierte sich in dieser Frage nicht.**

# TikTok-Verbot spaltet fast alle Altersgruppen

**Frage:** In den USA könnte das soziale Netzwerk TikTok in wenigen Tagen verboten werden, Albanien bannt die Plattform in seinem Land zunächst für ein Jahr. Das sorgt für Diskussionen, ob auch hierzulande die App beschränkt oder verboten werden sollte. Was meinen Sie: Sollte TikTok auch in der Europäischen Union verboten werden? **(Auswertung nach Altersgruppen)**



Ein Blick in die Altersgruppen zeigt: In fast allen Altersgruppen liegen Befürworterinnen und Befürworter eines TikTok-Verbotes mit Gegnerinnen und Gegnern fast gleichauf.

Ein Beispiel: Während bei den Unter-30-Jährigen gut jede und jeder Zweite (51 Prozent) für ein TikTok-Verbot in der EU ist, sind nur geringfügig weniger (45 Prozent) dagegen.

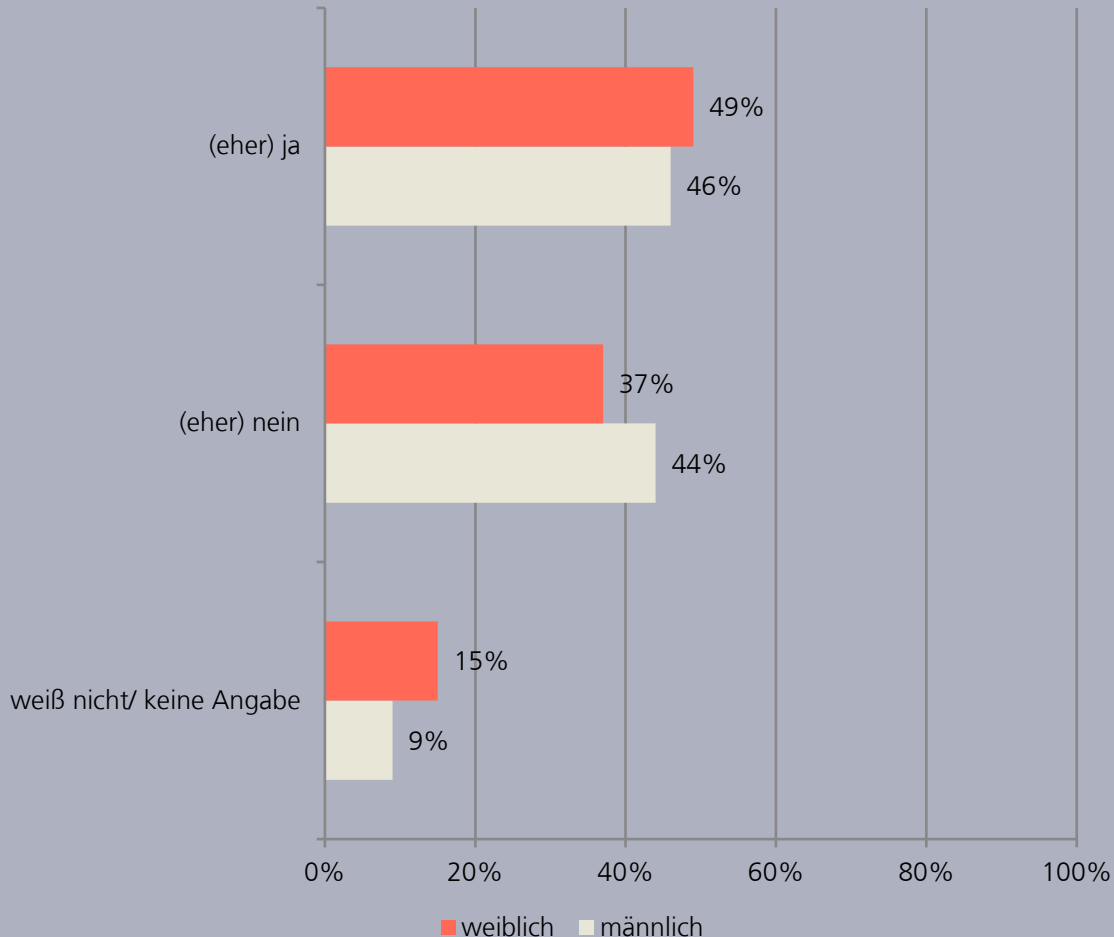
Bei den 50- bis 64-Jährigen liegen Pro- und Kontra-Lager sogar genau gleichauf (jeweils 43 Prozent).

Nur bei den Über-65-Jährigen schlägt das Meinungsbarometer deutlicher aus: Etwas weniger als die Hälfte der Befragten (47 Prozent) sind dafür; ein Drittel (36 Prozent) sind dagegen.

Dieser deutlichere Ausschlag ergibt sich jedoch vor allem aus einem Effekt: Je älter die Befragten sind, desto größer ist der Anteil derjenigen, die sich nicht positionieren.

# Frauen sind eher für ein TikTok-Verbot als Männer

**Frage:** In den USA könnte das soziale Netzwerk TikTok in wenigen Tagen verboten werden, Albanien bannt die Plattform in seinem Land zunächst für ein Jahr. Das sorgt für Diskussionen, ob auch hierzulande die App beschränkt oder verboten werden sollte. Was meinen Sie: Sollte TikTok auch in der Europäischen Union verboten werden? **(Auswertung nach Geschlecht)**



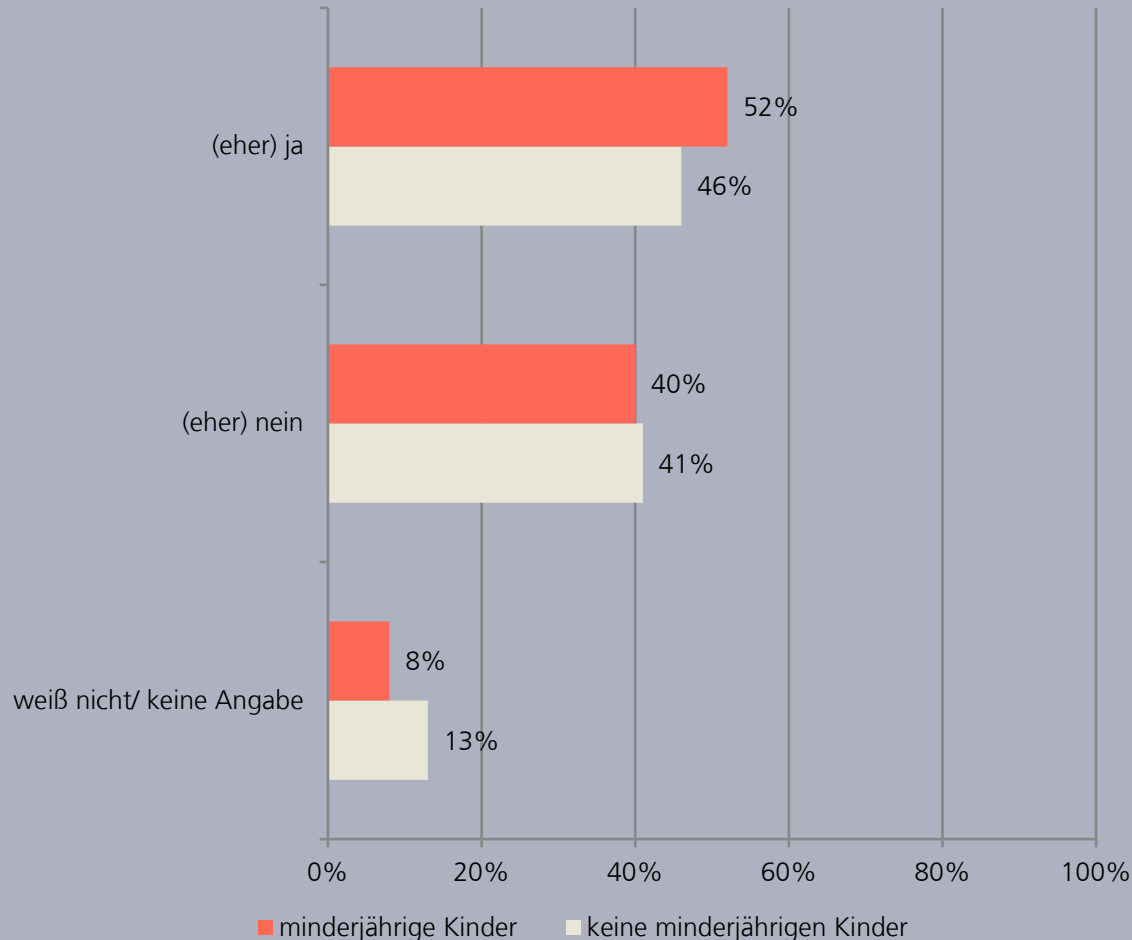
**Sollte das soziale Netzwerk TikTok auch in der Europäischen Union verboten werden? Im MDRfragt-Stimmungsbild tendieren Frauen in dieser Frage häufiger zu ja als zu Nein.**

**Konkret ist gut jede zweite weibliche Befragte eher für ein TikTok-Verbot (49 Prozent), und mehr als ein Drittel (37 Prozent) sind eher dagegen.**

**Bei den Männern liegen Befürworter und Gegner hingegen quasi gleichauf: 46 Prozent der männlichen Befragten sind eher für ein TikTok-Verbot; 44 Prozent sind eher dagegen.**

# Wer minderjährige Kinder hat, ist eher für ein TikTok-Verbot

**Frage:** In den USA könnte das soziale Netzwerk TikTok in wenigen Tagen verboten werden, Albanien bannt die Plattform in seinem Land zunächst für ein Jahr. Das sorgt für Diskussionen, ob auch hierzulande die App beschränkt oder verbannt werden sollte. Was meinen Sie: Sollte TikTok auch in der Europäischen Union verboten werden? **(Auswertung nach: Minderjährige Kinder im Haushalt)**



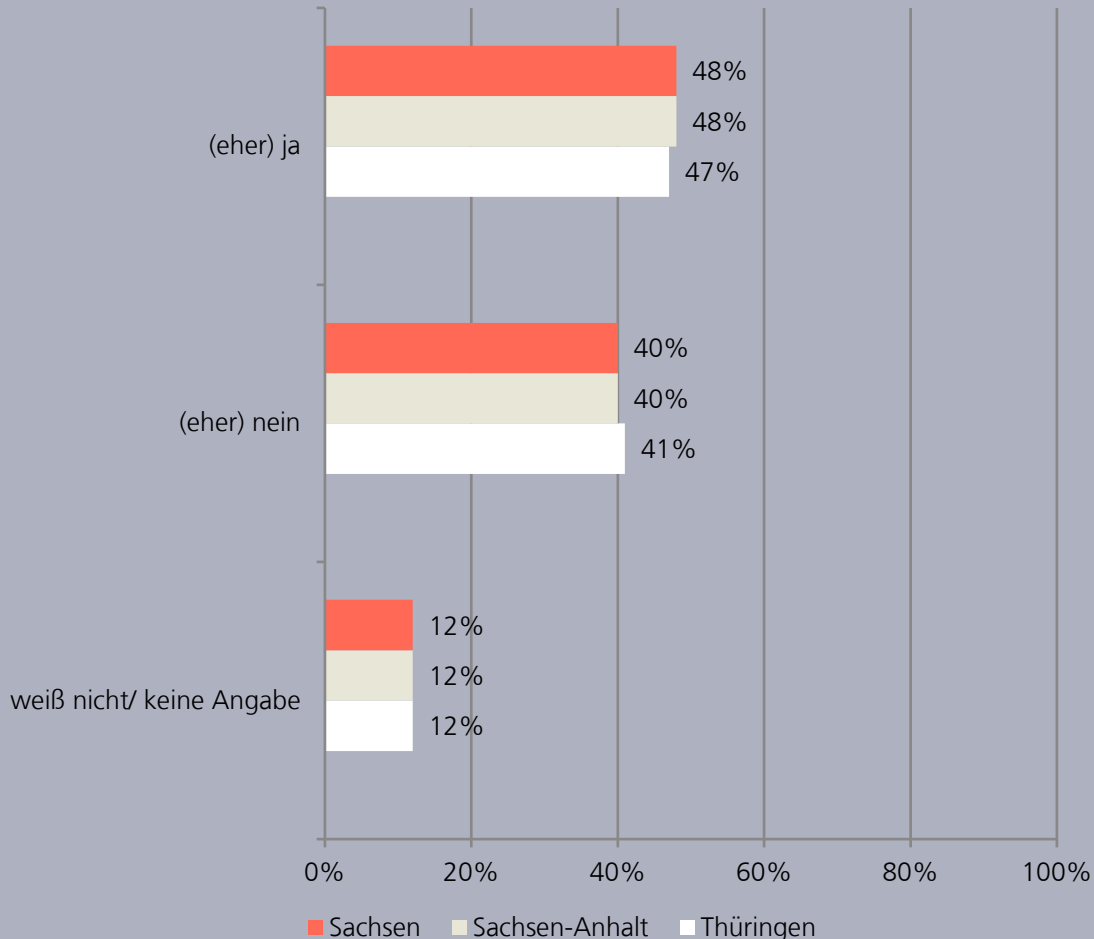
In der Frage, ob das soziale Netzwerk TikTok auch in der Europäischen Union – und damit auch in Deutschland – verboten werden sollte, zeigen sich auch unterschiedlich deutliche Meinungstendenzen zwischen den Befragten, die minderjährige Kinder haben, und denen, bei denen das nicht der Fall ist.

So sind Befragte mit minderjährigen Kindern in der Tendenz klarer für ein TikTok-Verbot: Mehr als fünf von zehn Befragten (52 Prozent) mit minderjährigen Kindern zeigten sich offen für ein TikTok-Verbot in der EU; vier von zehn Befragten (40 Prozent) mit minderjährigen Kindern sind skeptisch.

Unter jenen, die keine minderjährige Kinder haben, liegen die Pro- und Kontra-Anteile unter den Befragten wieder deutlich näher beieinander. Es gibt nur knapp mehr Befragte ohne minderjährige Kinder, die sich für ein TikTok-Verbot aussprechen (46 Prozent) als dagegen sind (41 Prozent).

# Bundesländer-Vergleich zeigt: Überall nur knappe Tendenz für TikTok-Verbot

**Frage:** In den USA könnte das soziale Netzwerk TikTok in wenigen Tagen verboten werden, Albanien bannt die Plattform in seinem Land zunächst für ein Jahr. Das sorgt für Diskussionen, ob auch hierzulande die App beschränkt oder verboten werden sollte. Was meinen Sie: Sollte TikTok auch in der Europäischen Union verboten werden? (**Auswertung nach Bundesland**)



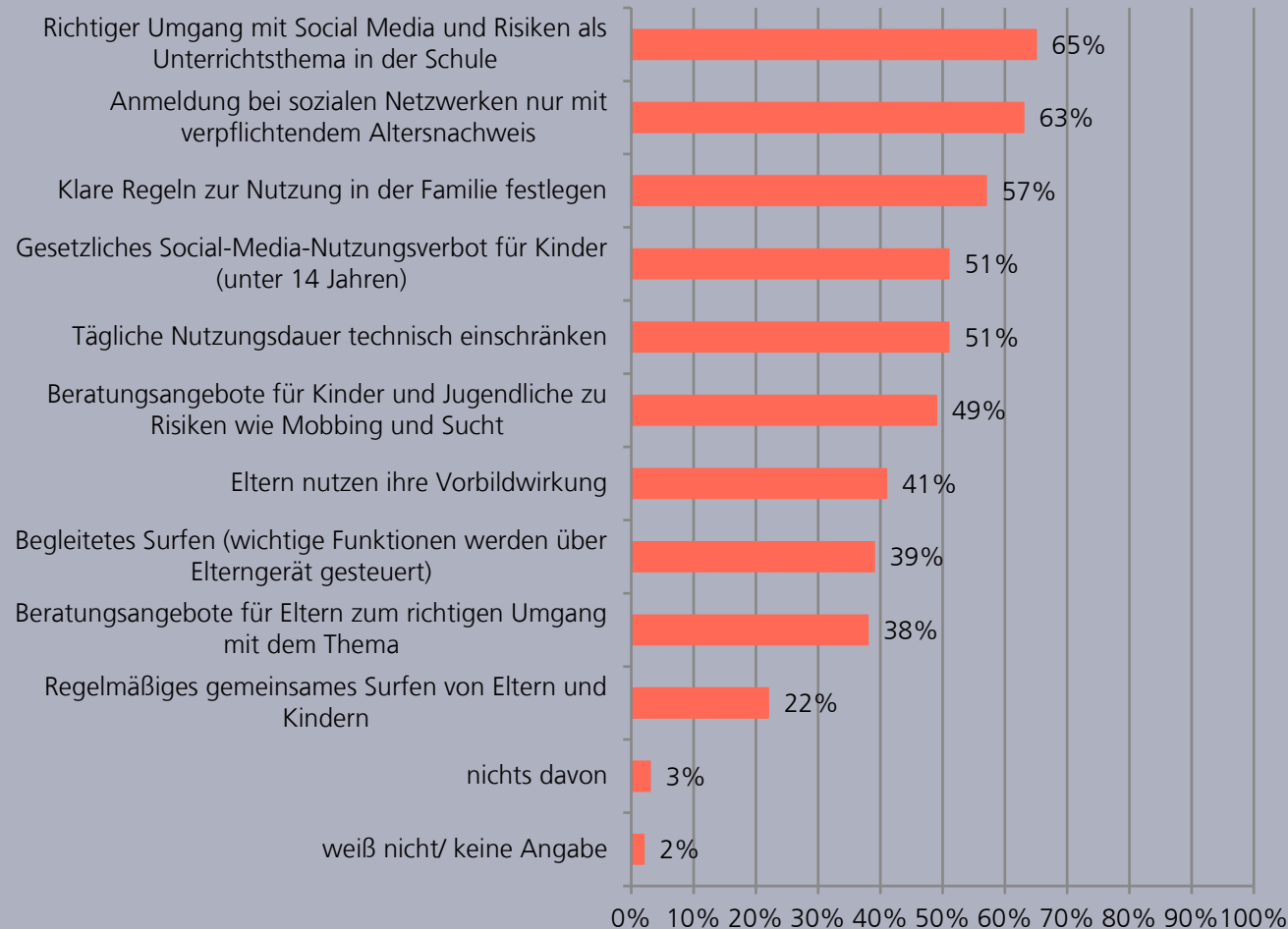
Egal, in welches Bundesland man schaut, die Verteilung der Befragten in Pro- und Kontra-TikTok-Verbot sieht überall nahezu identisch aus.

In Sachsen (48 Prozent), Sachsen-Anhalt (48 Prozent) und Thüringen (47 Prozent) liegen die Befürworterinnen und Befürworter eines TikTok-Verbotes jeweils knapp vorn – und die Anteile sind in allen drei Bundesländern quasi gleich groß.

Umgekehrt geben jeweils vier von zehn Befragten in Sachsen (40 Prozent), Sachsen-Anhalt (40 Prozent) und Thüringen (41 Prozent) an, eher gegen ein TikTok-Verbot zu sein.

# Schule, Altersnachweis und klare Familienregeln: Was Befragte sich als Begleitung für Jugendliche im Social Web wünschen

**Frage:** Verschiedene Studien legen nahe, dass Kinder und Jugendliche nicht nur deutlich mehr Zeit vor dem Smartphone-Bildschirm und in sozialen Netzwerken verbringen, sondern auch, dass dabei mehr als jede und jeder Zehnte problematische Verhaltensweisen an den Tag legt. Es gibt auch Expertinnen und Experten, die auf positive Seiten von Social Media hinweisen, etwa Motivation und hilfreiche Orientierung für den Alltag. Neben einem Plattform-Verbot kommen mehrere Maßnahmen in Betracht, um die Social-Media-Nutzung von Kindern und Jugendlichen zu begleiten. Ganz allgemein: Welche der folgenden Maßnahmen finden Sie sinnvoll? Sie können alles auswählen, das Sie passend finden.



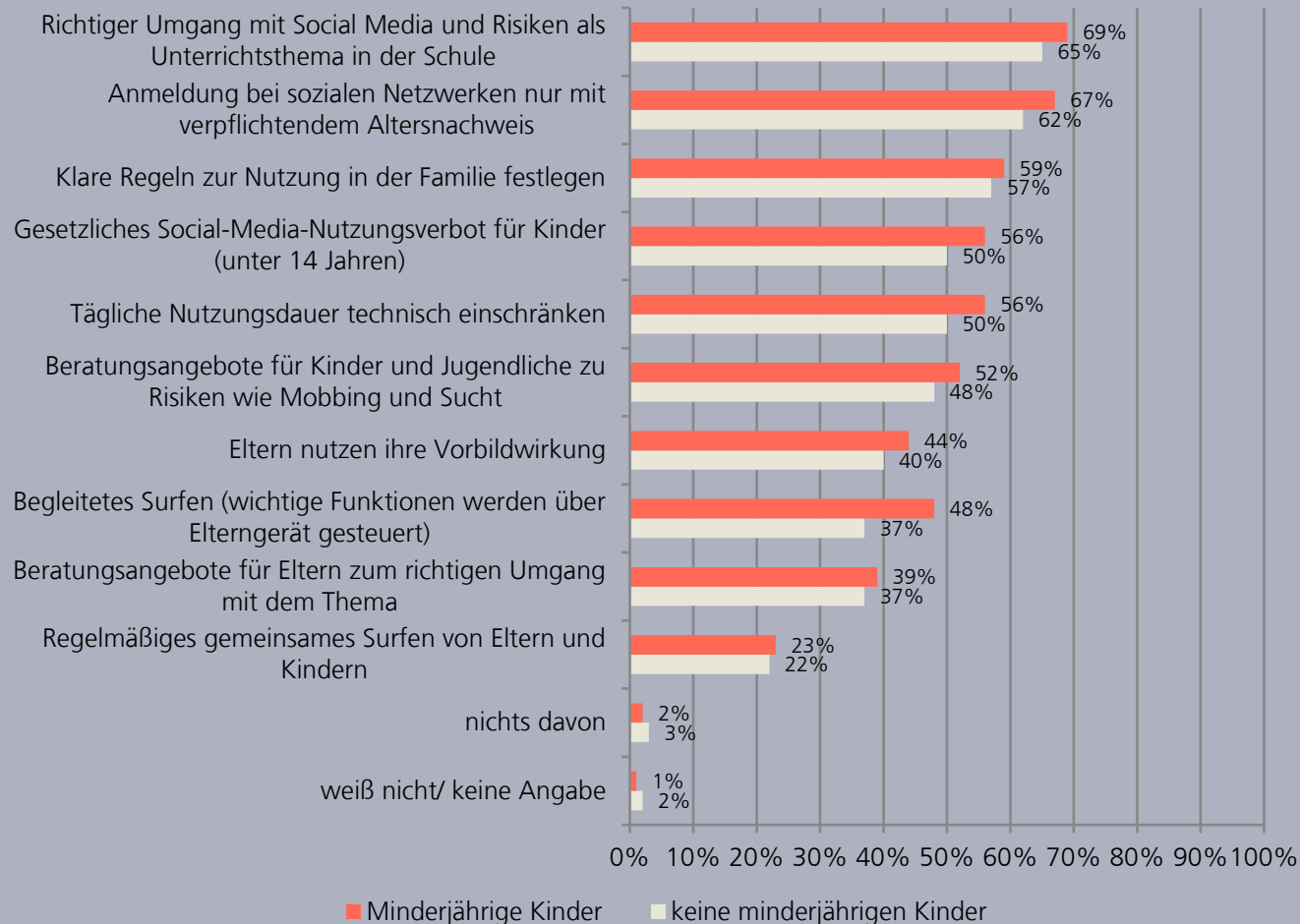
**Ein Verbot einer Social-Media-Plattform ist ein ziemlich scharfes Schwert. Was könnte sonst noch helfen, damit Kinder und Jugendliche möglichst verantwortungsvoll und gut begleitet den Chancen und Risiken der Sozialen Netzwerke begegnen?**

**Wenn es nach der MDRfragt-Gemeinschaft geht, soll es mal wieder die Schule richten: Den größten Zuspruch gibt es für die Option, den richtigen Umgang mit Social Media und seinen Risiken im Unterricht zu behandeln (65 Prozent), gefolgt von der Einführung eines verpflichtenden Altersnachweises für alle, die sich bei sozialen Netzwerken anmelden (63 Prozent) und der Einigung auf klare Nutzungsregeln innerhalb der Familie (57 Prozent).**

**All diese Optionen rangieren in der Skala sinnvoller Maßnahmen noch vor einem gesetzlichen Social-Media-Nutzungsverbot für Kinder (51 Prozent), wie es derzeit so oder ähnlich in verschiedenen Ländern diskutiert wird.**

# Wer minderjährige Kinder hat, befürwortet alle Maßnahmen etwas stärker

**Frage:** Verschiedene Studien legen nahe, dass Kinder und Jugendliche nicht nur deutlich mehr Zeit vor dem Smartphone-Bildschirm und in sozialen Netzwerken verbringen, sondern auch, dass dabei mehr als jede und jeder Zehnte problematische Verhaltensweisen an den Tag legt. Es gibt auch Expertinnen und Experten, die auf positive Seiten von Social Media hinweisen, etwa Motivation und hilfreiche Orientierung für den Alltag. Neben einem Plattform-Verbot kommen mehrere Maßnahmen in Betracht, um die Social-Media-Nutzung von Kindern und Jugendlichen zu begleiten. Ganz allgemein: Welche der folgenden Maßnahmen finden Sie sinnvoll? Sie können alles auswählen, das Sie passend finden. **(Auswertung nach: Minderjährige Kinder im Haushalt)**



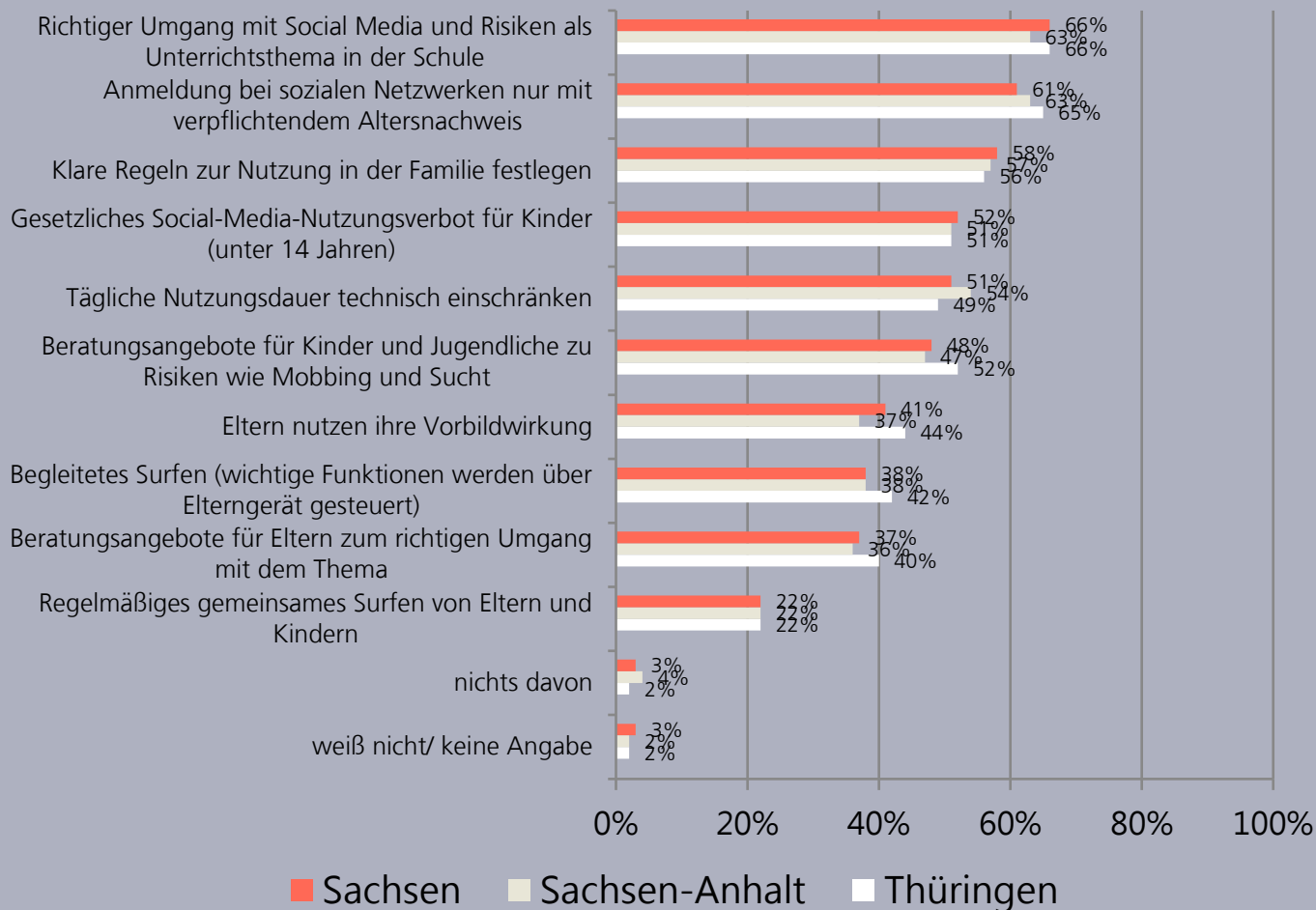
**Halten Befragte mit minderjährigen Kindern andere Maßnahmen für sinnvoll, um Kinder und Jugendliche bei ihren Erfahrungen mit sozialen Netzwerken zu begleiten?**

**Das MDRfragt-Stimmungsbild zeigt: Ob jemand für minderjährige Kinder verantwortlich ist oder nicht, verändert nicht grundsätzlich, welche Optionen für sinnvoll erachtet werden – aber wer minderjährige Kinder hat, findet die verschiedenen Optionen durchgängig sinnvoller als Befragte, die keine minderjährigen Kinder haben.**



# Was hilft Jugendlichen zu gutem Social-Media-Umgang? – Nur geringe Unterschiede zwischen Bundesländern

**Frage:** Verschiedene Studien legen nahe, dass Kinder und Jugendliche nicht nur deutlich mehr Zeit vor dem Smartphone-Bildschirm und in sozialen Netzwerken verbringen, sondern auch, dass dabei mehr als jede und jeder Zehnte problematische Verhaltensweisen an den Tag legt. Es gibt auch Expertinnen und Experten, die auf positive Seiten von Social Media hinweisen, etwa Motivation und hilfreiche Orientierung für den Alltag. Neben einem Plattform-Verbot kommen mehrere Maßnahmen in Betracht, um die Social-Media-Nutzung von Kindern und Jugendlichen zu begleiten. Ganz allgemein: Welche der folgenden Maßnahmen finden Sie sinnvoll? Sie können alles auswählen, das Sie passend finden. **(Auswertung nach Bundesländern)**



**Mit Blick auf die Bundesländer zeigen sich graduelle Unterschiede bei der Zustimmung zu den verschiedenen Maßnahmen:**

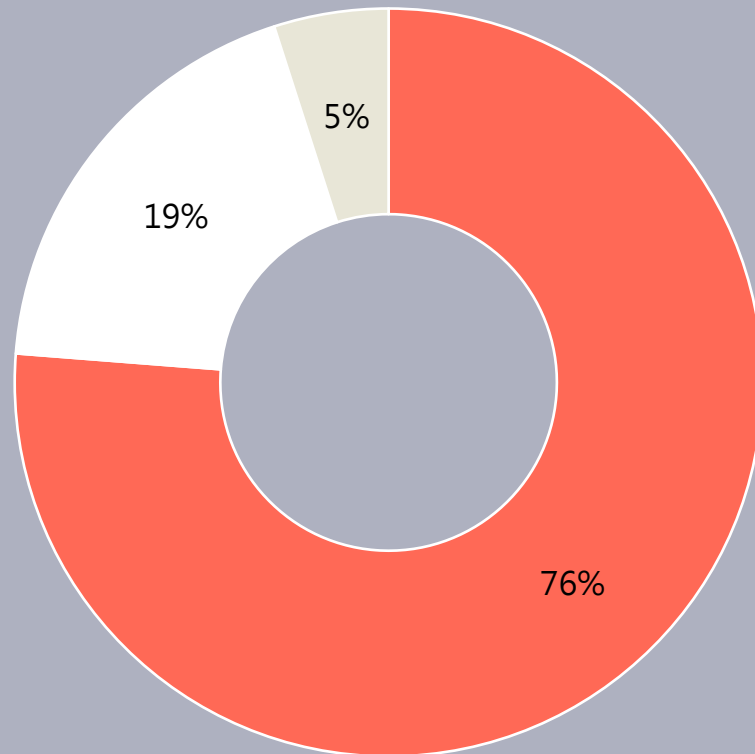
**In Sachsen liegt der Social-Media-Umgang als Unterrichtsinhalt (66 Prozent) klarer vor Anmeldung bei sozialen Netzwerken nur mit verpflichtendem Altersnachweis (61 Prozent) und klaren Nutzungsregeln in der Familie (58 Prozent).**

**In Sachsen-Anhalt liegen hingegen die ersten beiden Punkte gleichauf: Social-Media-Umgang als Unterrichtsinhalt (63 Prozent) und Anmeldung bei sozialen Netzwerken nur mit verpflichtendem Altersnachweis (63 Prozent), gefolgt von klaren Nutzungsregeln in der Familie (56 Prozent).**

**In Thüringen liegen Social-Media-Umgang als Unterrichtsinhalt (66 Prozent) und Anmeldung nur mit verpflichtendem Altersnachweis (65 Prozent) ebenfalls nah beieinander und mit größerem Abstand vor den klaren Nutzungsregeln in der Familie.**

## Kontrolliertes Mindestalter von 16 Jahren für Social-Media-Nutzung wird größtenteils gut gefunden

**Frage:** Derzeit gilt grundsätzlich für die meisten sozialen Netzwerke ein von den Betreibern festgelegtes Mindestalter von 13 Jahren. Kontrolliert wird dies in der Regel nicht. In Großbritannien wird diskutiert, ob das Mindestalter für die Nutzung von sozialen Netzwerken auf 16 Jahre erhöht werden soll. In Australien wurde dies schon beschlossen, inklusive der Verpflichtung an die Plattformbetreiber, die Altersgrenze auch zu kontrollieren. Wie fänden Sie es, wenn es für soziale Netzwerke ein Mindestalter von 16 Jahren gäbe, dessen Einhaltung auch kontrolliert wird?



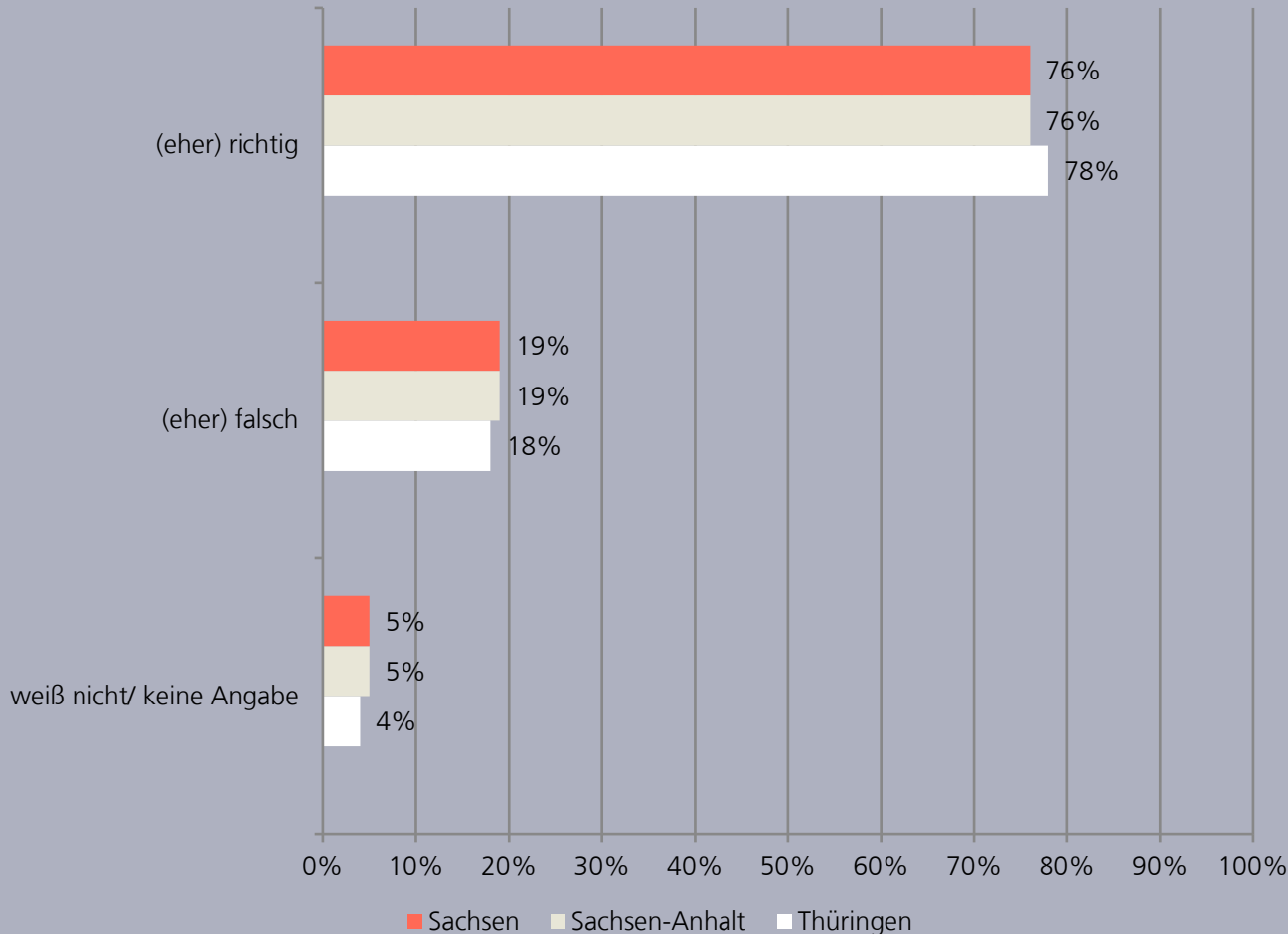
■ (eher) richtig   ■ (eher) falsch   ■ weiß nicht/ keine Angabe

Australien hat beschlossen, dass Jugendliche dort nur noch Social Media nutzen dürfen, wenn sie mindestens 16 Jahre alt sind. Damit verbunden gilt eine Pflicht für die Plattformbetreiber, die Altersgrenze auch zu kontrollieren, ansonsten drohen Strafen.

Gute Idee, finden drei von vier Befragten (76 Prozent) im MDRfragt-Stimmungsbild. Jede und jeder Fünfte hält diese Maßnahme hingegen tendenziell für falsch.

# Kontrolliertes Mindestalter für Social-Media-Nutzung? - Meinungsbilder in allen Bundesländern klar für Ja

**Frage:** Derzeit gilt grundsätzlich für die meisten sozialen Netzwerke ein von den Betreibern festgelegtes Mindestalter von 13 Jahren. Kontrolliert wird dies in der Regel nicht. In Großbritannien wird diskutiert, ob das Mindestalter für die Nutzung von sozialen Netzwerken auf 16 Jahre erhöht werden soll. In Australien wurde dies schon beschlossen, inklusive der Verpflichtung an die Plattformbetreiber, die Altersgrenze auch zu kontrollieren. Wie fänden Sie es, wenn es für soziale Netzwerke ein Mindestalter von 16 Jahren gäbe, dessen Einhaltung auch kontrolliert wird? **(Auswertung nach Bundesländern)**



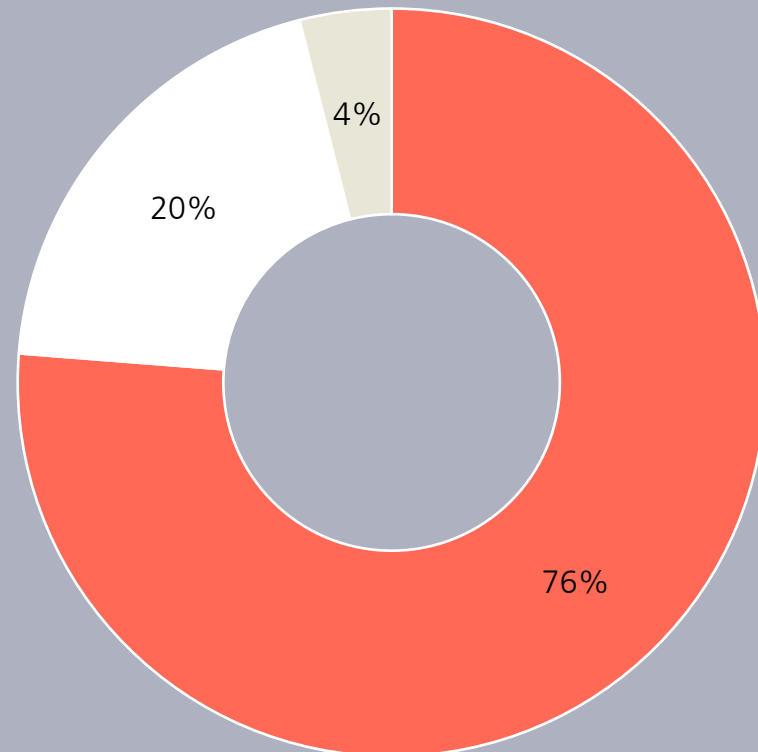
**Wie schon bei den vorherigen Fragen dieser Befragung zeigt sich: Zwischen den Bundesländern gibt es keine Bewertungsunterschiede.**

**In Sachsen (76 Prozent), Sachsen-Anhalt (76 Prozent) und Thüringen (78 Prozent) ist jeweils eine deutliche Mehrheit eher dafür, dass Jugendliche Social-Media-Plattformen erst benutzen dürfen, wenn sie mindestens 16 Jahre alt sind (und dieses Alter auch kontrolliert wird).**

**In allen drei Bundesländern ist jeweils gut jede und jeder Fünfte gegen diese Idee (Sachsen: 19 Prozent; Sachsen-Anhalt: 19 Prozent; Thüringen: 18 Prozent).**

# Große Mehrheit wünscht sich, dass Betreiber sozialer Netzwerke für Inhalte mithaften

**Frage:** Kommen wir jetzt noch einmal allgemein auf soziale Netzwerke, also neben TikTok auch Angebote wie Facebook, Instagram, X (früher Twitter), YouTube und Co. Seit Jahren wird viel darüber diskutiert, dass auf den Netzwerken auch strafbare Inhalte geteilt werden, Menschen beleidigt und bedroht werden oder auch Falschinformationen verbreitet werden. Grundsätzlich: Finden Sie, dass die Betreiber für die Inhalte, die in den sozialen Netzwerken verbreitet werden, auch rechtlich verantwortlich gemacht werden, also mithaften, sollten?



■ (eher) ja   ■ (eher) nein   ■ weiß nicht/ keine Angabe

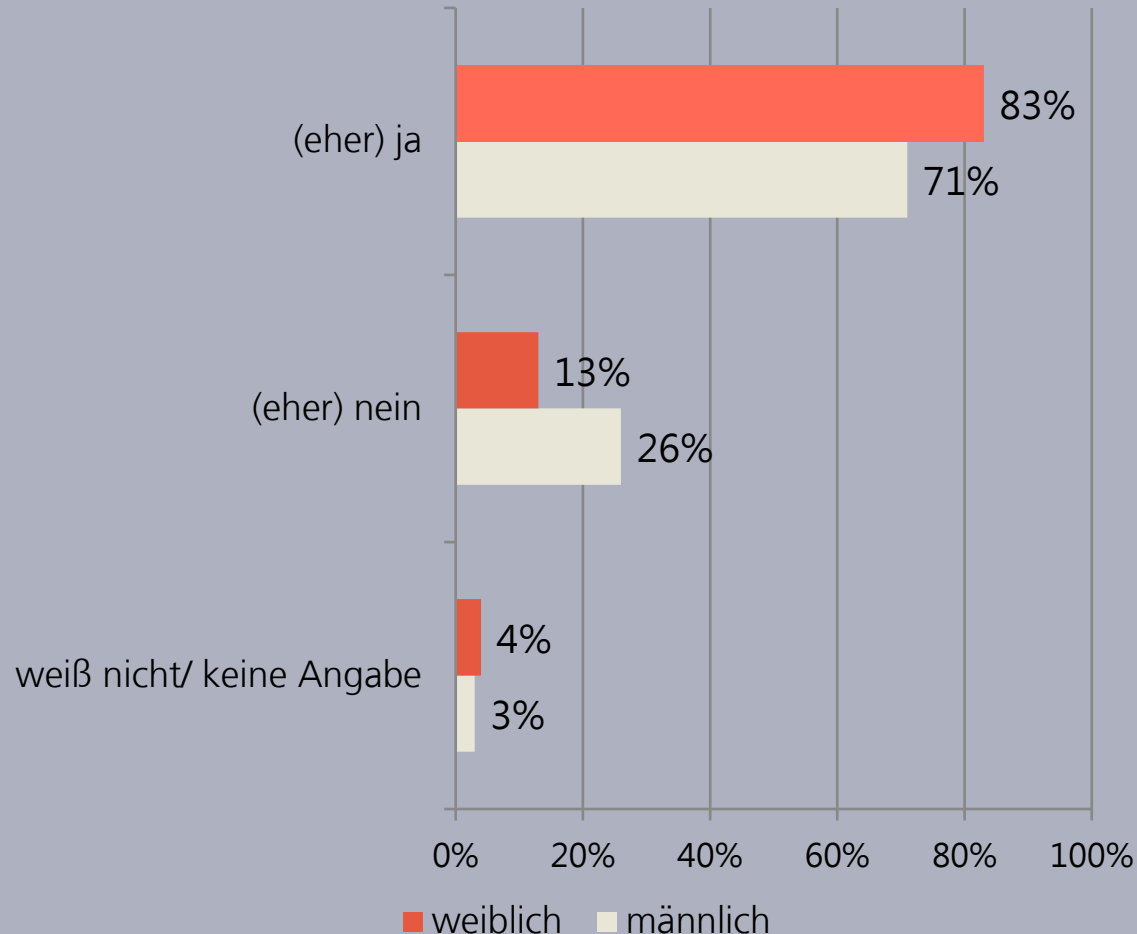
Wer auf einem sozialen Netzwerk Inhalte postet, die gegen geltende Gesetze verstoßen (von Urheber- bis Strafrecht), haftet dafür. Für die Betreiber der sozialen Netzwerke gilt nach aktueller Rechtsprechung, dass sie gegen möglicherweise strafbare Inhalte auf ihren Plattformen nur vorgehen müssen, wenn sie zuvor sehr konkrete Hinweise dazu bekommen haben. Im Allgemeinen sind die Social-Media-Betreiber nicht verpflichtet, aktiv zu prüfen oder überwachen, ob auf ihren Plattformen rechtswidrige Inhalte gepostet oder gar komplette erfundene Informationen oder manipulierte Inhalte ausgespielt werden.

Immer wieder gibt es Warnungen, dass soziale Plattformen stärker und auf neue Weise reguliert werden müssten. Eine Option: Die Plattform-Betreiber doch für die Inhalte in rechtliche Mitverantwortung und Mithaftung nehmen.

Im MDRfragt-Stimmungsbild käme das gut an: 3 von 4 Befragten wären eher für eine solche rechtliche Mitverantwortung der Plattformbetreiber (76 Prozent); eine von fünf Befragten steht dieser Maßnahme skeptisch gegenüber.

# Männer doppelt so oft gegen Betreiber-Mithaftung für Inhalte als Frauen

**Frage:** Kommen wir jetzt noch einmal allgemein auf soziale Netzwerke, also neben TikTok auch Angebote wie Facebook, Instagram, X (früher Twitter), YouTube und Co. Seit Jahren wird viel darüber diskutiert, dass auf den Netzwerken auch strafbare Inhalte geteilt werden, Menschen beleidigt und bedroht werden oder auch Falschinformationen verbreitet werden. Grundsätzlich: Finden Sie, dass die Betreiber für die Inhalte, die in den sozialen Netzwerken verbreitet werden, auch rechtlich verantwortlich gemacht werden, also mithaften, sollten? **(Auswertung nach Geschlecht)**



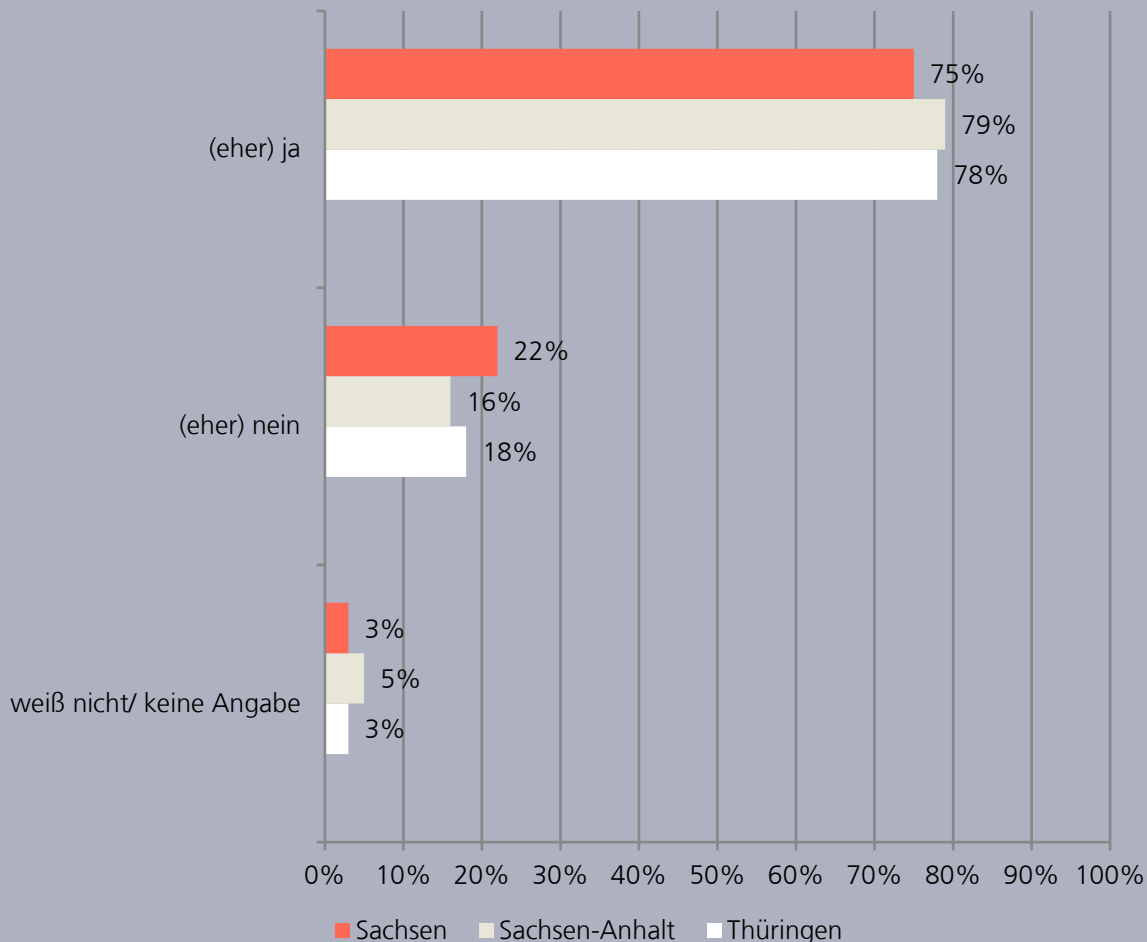
**In der Frage, ob die Plattformbetreiber sozialer Netzwerke stärker in die rechtliche Verantwortung genommen werden sollten, sind die männlichen Befragten im MDRfragt-Stimmungsbild deutlich skeptischer als die Frauen:**

**Gut jeder vierte Mann ist gegen eine Mithaftung der Plattformbetreiber für die verbreiteten Inhalte (26 Prozent). Damit ist der Anteil doppelt so groß wie bei den Frauen (13 Prozent).**

**Der Großteil der männlichen und weiblichen Befragten tendiert jedoch jeweils dazu, dass es richtig wäre, wenn die Betreiber der Sozialen Netzwerke für die Inhalte mithaften.**

# In Sachsen etwas mehr Skepsis bei Mithaftung von Social-Media-Betreibern

**Frage:** Kommen wir jetzt noch einmal allgemein auf soziale Netzwerke, also neben TikTok auch Angebote wie Facebook, Instagram, X (früher Twitter), YouTube und Co. Seit Jahren wird viel darüber diskutiert, dass auf den Netzwerken auch strafbare Inhalte geteilt werden, Menschen beleidigt und bedroht werden oder auch Falschinformationen verbreitet werden. Grundsätzlich: Finden Sie, dass die Betreiber für die Inhalte, die in den sozialen Netzwerken verbreitet werden, auch rechtlich verantwortlich gemacht werden, also mithaften, sollten? (**Auswertung nach Bundesländern**)



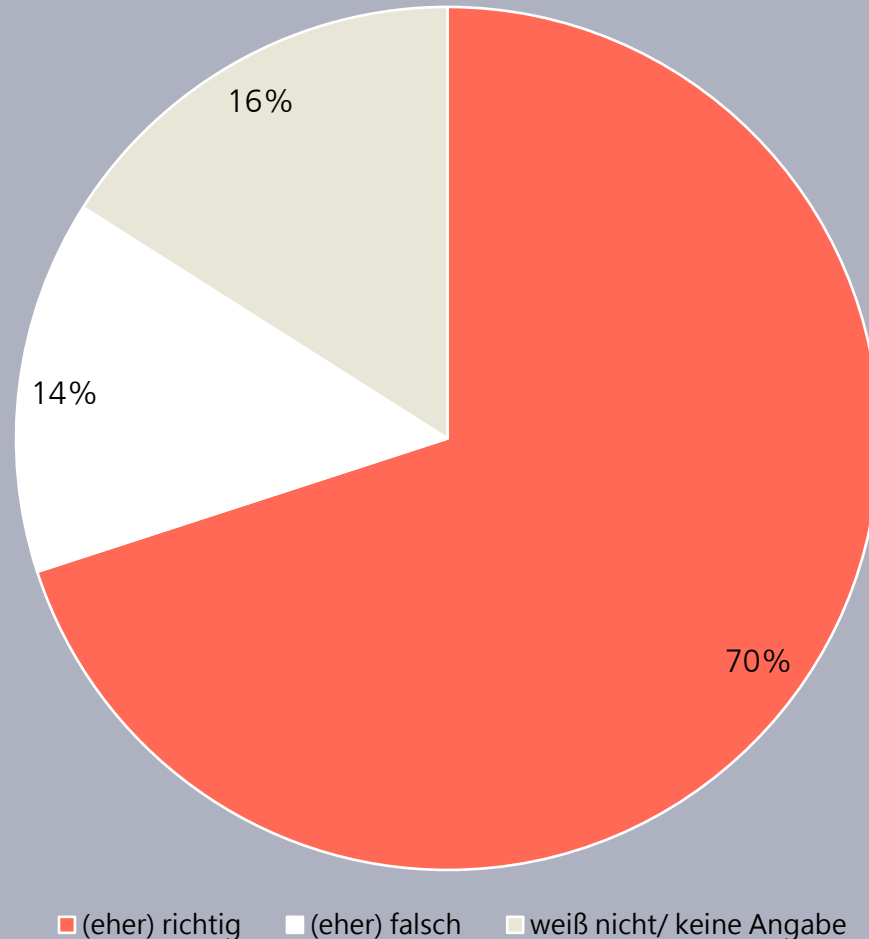
**Beim Blick auf die Bundesländer auf diese digitalpolitische (europäische) Frage zeigt sich einmal mehr: In der Tendenz sind sich die Befragten unabhängig vom Bundesland einig.**

**In Sachsen (75 Prozent), Sachsen-Anhalt (79 Prozent) und Thüringen (78 Prozent) findet es jeweils ein Großteil der MDRfragt-Gemeinschaft richtig, wenn die Plattform-Betreiber für die Inhalte, die dort verbreitet werden, grundsätzlich mithaften.**

**In Sachsen (22 Prozent) herrscht etwas größere Skepsis gegen die rechtliche Mitverantwortung der großen Social-Betreiber als in Sachsen-Anhalt (16 Prozent) und Thüringen (18 Prozent).**

# Viel Zuspruch für Faktenchecks und Einordnung in den sozialen Netzwerken

**Frage:** In den sozialen Netzwerken (Facebook, Instagram, X, TikTok, und so weiter) verbreiten sich Inhalte oft rasend schnell, oft ohne genaue oder nachvollziehbare Quellenangabe. Ob Faktencheck, Community Note oder Kontext-Warnung: Wie finden Sie es, wenn die Betreiber sozialer Netzwerke einzelne Inhalte auf ihren Plattformen mit zusätzlichen Informationen einordnen?



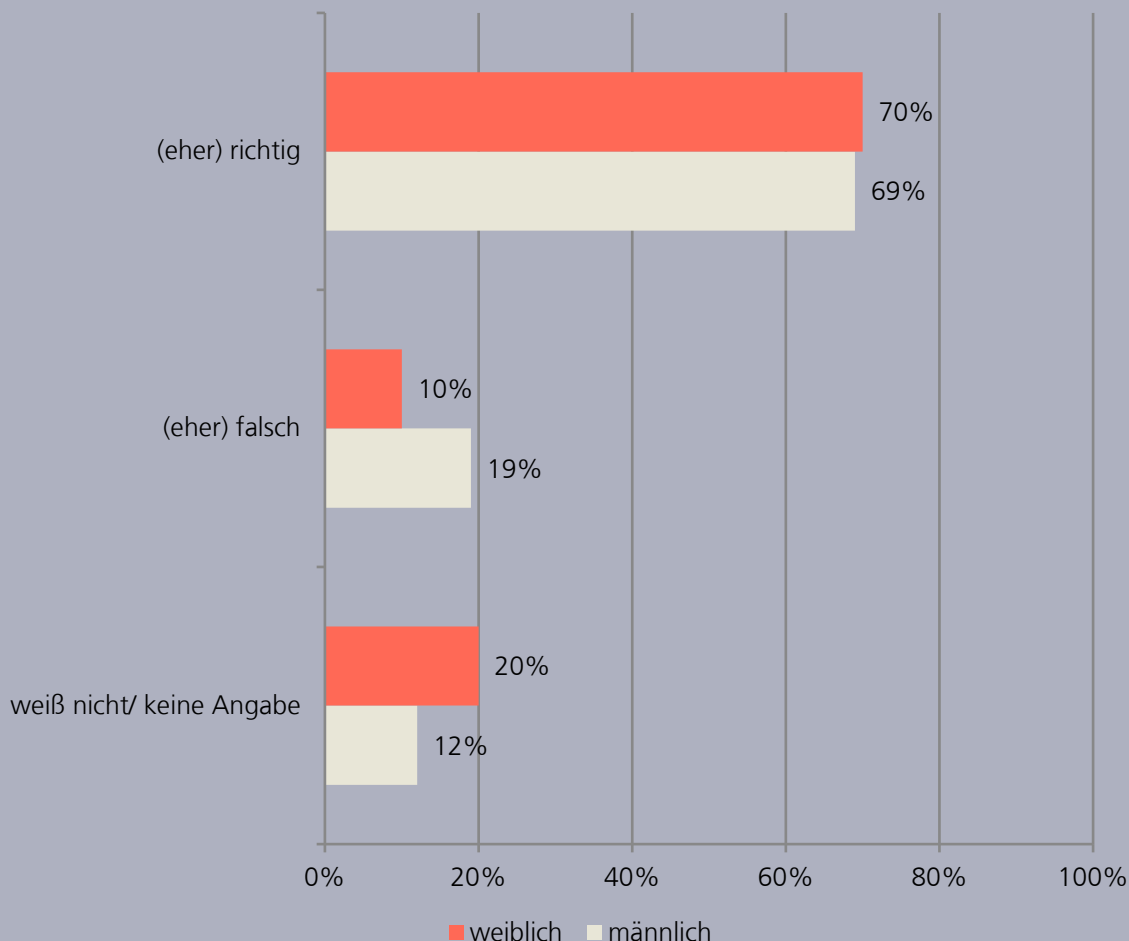
Vor wenigen Tagen sorgte die Ankündigung des Facebook- und Instagram-Mutterkonzerns Meta für Diskussionen: Der Konzern will in den Vereinigten Staaten die unabhängigen Faktenchecks abschaffen, also die Einordnung von Informationen durch Dritte. Für die EU-Staaten bleiben die bisherigen Prüfungen zunächst bestehen, auch wegen der entsprechenden rechtlichen EU-Regeln.

Im MDRfragt-Stimmungsbild findet es ein Großteil richtig, wenn Plattformbetreiber in ihren sozialen Netzwerken zusätzliche Informationen zur Verfügung stellen, um einzelne gepostete Inhalte einzuordnen. Konkret sind 7 von 10 Befragten (70 Prozent) eher für eine Einordnung.

Der kleinste Teil der Befragten hält die Einordnung für falsch (14 Prozent), etwas größer ist der Anteil derjenigen, die sich in dieser Frage nicht positionieren (16 Prozent).

## Männer häufiger gegen Faktenchecks, Frauen häufiger unentschlossen

Frage: In den sozialen Netzwerken (Facebook, Instagram, X, TikTok, und so weiter) verbreiten sich Inhalte oft rasend schnell, oft ohne genaue oder nachvollziehbare Quellenangabe. Ob Faktencheck, Community Note oder Kontext-Warnung: Wie finden Sie es, wenn die Betreiber sozialer Netzwerke einzelne Inhalte auf ihren Plattformen mit zusätzlichen Informationen einordnen? **(Auswertung nach Geschlecht)**



**Wie schon bei der Frage, ob die Plattform-Betreiber stärker in Mitverantwortung genommen werden sollten, zeigt sich auch bei der Frage nach einer Einordnung geposteter Inhalte: Männer sind skeptischer als Frauen.**

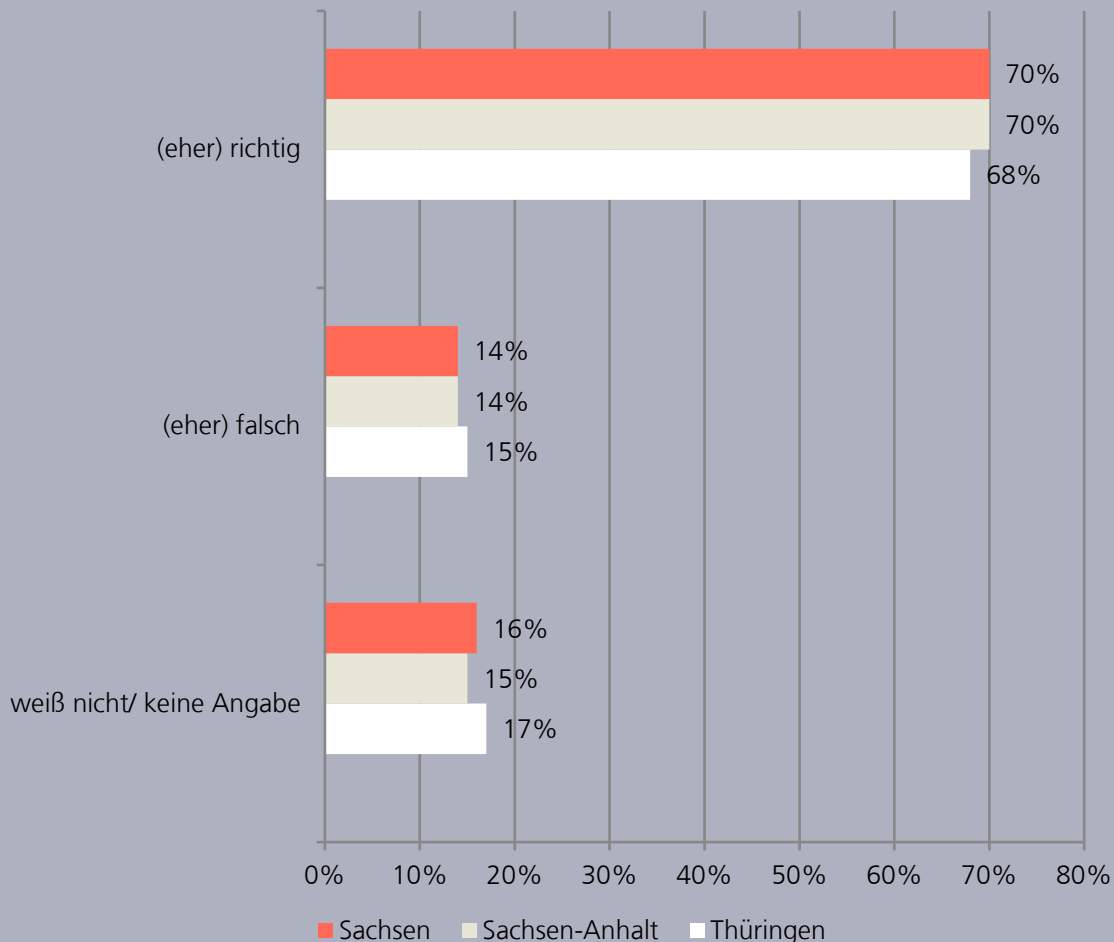
**Unter den männlichen Befragten findet jeder Fünfte diese Einordnung mit zusätzlichen Informationen tendenziell falsch (19 Prozent). Unter den weiblichen Befragten ist der Anteil halb so groß (10 Prozent). Dafür positionieren sich Frauen in dieser Frage deutlich häufiger nicht (20 Prozent) als Männer (12 Prozent).**

**Gleichzeitig zeigt sich auch: Grundsätzlich tendiert die Mehrheit der Männer und Frauen dazu, dass sie einordnende Zusatzinformationen zu geposteten Inhalten gut finden.**



# Blick in die Bundesländer: Alle Meinungsbilder tendieren deutlich Pro-Faktenchecks und Einordnung

**Frage:** In den sozialen Netzwerken (Facebook, Instagram, X, TikTok, und so weiter) verbreiten sich Inhalte oft rasend schnell, oft ohne genaue oder nachvollziehbare Quellenangabe. Ob Faktencheck, Community Note oder Kontext-Warnung: Wie finden Sie es, wenn die Betreiber sozialer Netzwerke einzelne Inhalte auf ihren Plattformen mit zusätzlichen Informationen einordnen? **(Auswertung nach Bundesländern)**



**Sollte es auf den großen Social-Media-Plattformen einordnende Informationen zu bestimmten geposteten Inhalten geben?**

**In Sachsen (70 Prozent), Sachsen-Anhalt (70 Prozent) und Thüringen (68 Prozent) findet ein Großteil der Befragten: ja.**

**Eine deutlich kleinere Gruppe in Sachsen (14 Prozent), Sachsen-Anhalt (14 Prozent) und Thüringen (15 Prozent) findet diese Einordnung durch die Plattformbetreiber hingegen eher falsch.**

# TikTok verbieten – eine gute Idee?

MDR  
FRAGT

MDR  
FRAGT

## Wer hat sich an dieser Befragung beteiligt?

### Verteilung nach Altersgruppen:

16-29 Jahre: 232  
30-49 Jahre: 2.761  
50-64 Jahre: 8.628  
65+ Jahre: 8.149

### Verteilung nach Bundesländern:

Sachsen: 10.016 (51 Prozent)  
Sachsen-Anhalt: 4.883 (25 Prozent)  
Thüringen: 4.871 (25 Prozent)

### Verteilung nach Geschlecht:

weiblich: 8.310 (42 Prozent)  
männlich: 11.408 (58 Prozent)  
divers: 52 (0,3 Prozent)



MDRfragt ist ein Dialogangebot des Mitteldeutschen Rundfunks. Am Meinungsbarometer soll sich Jede und Jeder beteiligen können, der mindestens 16 Jahre alt ist und im MDR-Sendegebiet wohnt. Dieser Ansatz einer möglichst breiten Beteiligung sorgt dafür, dass die Ergebnisse der Befragungen laut Definition nicht repräsentativ sind. Gleichzeitig gilt: Die Stimmungsbilder von MDRfragt sind aussagekräftig und können Meinungstendenzen und Stimmungen im Sendegebiet aufzeigen. Dabei hilft auch, dass die Ergebnisse nach bewährten wissenschaftlichen Kriterien anhand verschiedener Merkmale wie Alter, Geschlecht oder Bildungsgrad gewichtet werden, um sie an die Verteilung in der mitteldeutschen Bevölkerung anzupassen.

MDRfragt wird wissenschaftlich beraten und begleitet, beispielsweise durch regelmäßige Validitätstests. Mehr zur Methodik auf [www.mdrfragt.de](http://www.mdrfragt.de). Aufgrund von Rundungen kann es vorkommen, dass die Prozentwerte bei einzelnen Fragen zusammengerechnet nicht exakt 100 ergeben.